



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 19.06.2013, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Wohnungslosenhilfe**
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt EBM **Seigfried** vor, den Tagesordnungspunkt „Wohnungslosenhilfe – mündlicher Bericht“ vorzuziehen.

Des Weiteren gibt EBM **Seigfried** bekannt, dass der Tagesordnungspunkt „Bericht zur Jugendfeuerwehr Ludwigsburg“ vertagt werden müsse, da der zuständige Jugendleiter aus terminlichen Gründen nicht anwesend sein könne.

Aus aktuellem Anlass schlägt EBM **Seigfried** vor, stattdessen kurz über die aktuelle Platzsituation in den Ludwigsburger Kindertageeinrichtungen zu berichten.

Mit diesen Vorschlägen zur Tagesordnung erklärt sich das Gremium einmütig einverstanden.

Im Anschluss begrüßt EBM **Seigfried** Herrn **Knodel**, den Geschäftsführer der Wohnungslosenhilfe im Landkreis Ludwigsburg, der über die aktuelle Situation aus dem Bereich der Wohnungslosenhilfe berichtet. Er legt dem Gremium die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme sowie den Auftrag und die Ziele der Hilfe in der Fachberatung der Wohnungslosenhilfe dar. Darüber hinaus informiert er über die aktuelle Belegung des Aufnahmehauses. Herr Knodel macht in seinem Bericht darauf aufmerksam, dass die Wohnungssuche immer schwieriger werde und sich dadurch die Aufenthaltsdauer der Betroffenen verlängere. Erfreulich sei jedoch, dass die Vernetzung zu anderen Einrichtungen und Organisationen gut sei. Abschließend informiert Herr Knodel über die Sanierung des Gebäudes in der Friedrichstraße und den anstehenden Wiedereinzug der Fachberatungsstelle, der mit einer Feier zum 30jährigen Bestehen verknüpft werden solle.

In der anschließenden Aussprache bedankt sich Stadträtin **Kopf** im Namen ihrer Fraktion für den Bericht. Gleichzeitig drückt sie ihre Sorge darüber aus, dass von der Wohnungslosigkeit teilweise auch Kinder betroffen seien. Für sie stelle sich außerdem die Frage, ob die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche am fehlenden Wohnraum liege oder in der mangelnden Toleranz der Mitbürger begründet sei.

Im Namen seiner Fraktion bedankt sich auch Stadtrat **Dr. Bohn**. Er lobt das hervorragende Stufenkonzept zur Wiedereingliederung und die sehr gute Arbeit, die die Wohnungslosenhilfe leiste.

Dem Dank schließen sich auch Stadtrat **Kirnbauer**, Stadträtin **Klett-Heuchert** sowie Stadtrat **Heer** und Stadträtin **Lange** an.

Herr **Knodel** stellt abschließend die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung der Stadt Ludwigsburg heraus, die auch nach Ansicht von EBM **Seigfried** sehr wichtig ist.

TOP 2

Unterbringung von obdachlosen Menschen in Ludwigsburg

Vorl.Nr. 211/13

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) informiert über die aktuelle Situation bei der Unterbringung obdachloser Menschen in Ludwigsburg. Er weist darauf hin, dass vor allem ein Mangel an großen Wohnungen bestehe. Bisher habe man in diesen Fällen vor allem auf das Gebäude in der Gänsfußallee zurückgegriffen. Wegen der Erweiterungsabsichten der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH werde diese Unterbringungsmöglichkeit künftig jedoch wegfallen, so dass dringend ein Ersatz gefunden werden müsse. Bedauerlich sei dies auch deshalb, weil die Einrichtung als solche akzeptiert sei und es keine Probleme mit der Nachbarschaft gebe. Da unter anderem auch wegen der Entwicklung am Arbeitsmarkt keine Entspannung im Bereich der Obdachlosigkeit zu erwarten sei, bittet Herr **Winkler** das Gremium, an der bisherigen Unterstützung festzuhalten.

EBM **Seigfried** erinnert daran, dass in diesem Bereich eng mit der Wohnungsbau Ludwigsburg zusammen gearbeitet werde und begrüßt die anwesenden Vertreter, bevor er die Aussprache eröffnet.

Stadträtin **Kopf** spricht sich im Namen ihrer Fraktion dafür aus, eine Alternativlösung für die Gänsfußallee zur Unterbringung obdachloser Menschen in Ludwigsburg zu suchen, um den Stadtwerken den dringend benötigten Raum überlassen zu können. Allerdings gibt sie zu bedenken, dass diese Suche sicherlich nicht leicht falle und weist auf ihre Beobachtungen in der Obdachlosenunterkunft im Riedle hin. Dort sei festzustellen, dass es einen häufigen Wechsel der Bewohner gebe und sehr oft eine Polizeistreife oder ein Krankenwagen dort anzutreffen sei.

Für Stadtrat **Dr. Bohn** sei es aus gesellschafts- oder wohnungspolitischen Aspekten heraus sehr bedauerlich, dass die Gänsfußallee künftig nicht mehr für die Unterbringung von Obdachlosen zur Verfügung stehe. Trotzdem sei nachvollziehbar, dass die Stadtwerke diesen Raum jetzt in Anspruch nehmen wollten. Bei der Suche nach einem Alternativstandort sei seiner Meinung nach eine dezentrale Lösung wünschenswert, weil diese besser verträglich sei.

Als bedauerlich bezeichnet es auch Stadtrat **Glasbrenner**, dass die Räume in der Gänsfußallee aufgegeben werden müssten. Seiner Einschätzung nach sei die Situation dort gut. Wohingegen die Suche nach einem geeigneten Alternativstandort sicherlich schwierig werde. Er schlägt vor, das Kasernengelände in der Weststadt dafür in Erwägung zu ziehen, da dieser zwar von der Firma Lotter aufgekauft, aber nicht komplett belegt sei.

Stadträtin **Klett-Heuchert** bedauert ebenfalls die Entwicklung, zumal sie die dreistufige Konzeption der Stadt zur Unterbringung von Obdachlosen für sehr gut empfinde. Aus ihrer Sicht sei daher zu überlegen, ob es nicht denkbar wäre, stattdessen einen Ersatzstandort für die benötigten Büroräume der Stadtwerke zu suchen. Auf keinen Fall aber dürften die Wohnungen aufgegeben werden, bevor nicht eine Alternative gefunden worden sei, die auch ihrer Meinung nach in einer dezentralen Lösung liege.

Sein Bedauern drückt auch Stadtrat **Heer** aus. Er räumt jedoch ein, dass der Mietvertrag befristet sei. Er setze bei der Suche nach einem Alternativstandort auf die Wohnungsbau Ludwigsburg. Seiner Meinung nach sollte dabei auch an einen Umbau des Backsteingebäudes des Landkreises in der Friedrichstraße gedacht werden.

Da es einfacher sei, Ersatz für Büroräume als für Obdachlosenunterkünfte zu finden, wäre es nach Ansicht von Stadträtin **Lang** sinnvoller, eine Alternative für die sicherlich beweglicheren Stadtwerke zu suchen.

EBM **Seigfried** bezieht Stellung zu den Äußerungen aus der Mitte des Gremiums. Dabei macht er deutlich, dass der häufige Wechsel innerhalb der Obdachlosenunterkünfte gewollt sei, da auch die Obdachlosigkeit selbst befristet sein solle. Ziel sei es, für die Betroffenen möglichst schnell die Möglichkeit von normalem Wohnen mit Mietvertrag zu schaffen. Insofern sei die Verweildauer momentan teilweise bereits zu hoch, zumal hier keine sonstige Hilfe oder Betreuung geleistet werden könne. Außerdem ergänzt EBM Seigfried zur Klarstellung, dass von den Stadtwerken ein neuer Geschäftsbereich aufgebaut werde, der räumlich nicht zu trennen sei.

In diesem Zusammenhang erinnert Herr **Winkler** daran, dass die Stadtwerke bereits beim Erwerb des Gebäudes die Absicht gehabt hätten, zu erweitern und der Mietvertrag daher befristet abgeschlossen worden sei. Er schließt sich der Meinung an, wonach eine Konzentration bei der Unterbringung von Obdachlosen im Riedle nicht vorteilhaft sei.

Abschließend gehen Herr **Balzer** (FB Sicherheit und Ordnung) und Frau **Haidar** (Wohnungsbau Ludwigsburg) noch kurz auf die Ursachen und die Notwendigkeit von Polizei- und Krankenwageneinsätzen im Bereich von Obdachlosenunterkünften ein.

EBM **Seigfried** versichert, dass die Verwaltung bei der Suche nach einer Alternative gerne die Anregungen aus dem Gemeinderat aufgreife und unter Beachtung der genannten Grundprinzipien Gespräche führe.

Auf eine Abstimmung wird verzichtet.

Das Gremium spricht sich einmütig dafür aus, die Verwaltung damit zu beauftragen, eine Alternativlösung für die Gänsfußallee zur Unterbringung von obdachlosen Menschen in Ludwigsburg zu suchen.

TOP 3

**Verabschiedung des bisherigen stellvertretenden
Feuerwehrkommandanten Herrn Michael Roock**

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** bedankt sich auch im Namen des Gemeinderates der Stadt Ludwigsburg und im Namen von OBM Spec beim bisherigen stellvertretenden Feuerwehrkommandanten, Herrn Michael Roock, für sein besonderes Engagement auch als Mitinitiator der Jugendfeuerwehr und übergibt ihm zum Abschied ein Geschenk der Stadt Ludwigsburg. Gleichzeitig gibt er seiner Hoffnung Ausdruck, dass Herr Roock auch weiterhin bei der Feuerwehr mitwirken werde.

Herr **Roock** bedankt sich für die gute Zusammenarbeit in den 15 Jahren seiner Tätigkeit. Er verspricht, der Feuerwehr auch weiterhin verbunden zu sein und wünscht seinen Nachfolgern viel Erfolg.

Ihren besonderen Dank im Namen der Fraktionen überbringen anschließend die Stadträte **Meyer, Dr. Bohn** und **Kirnbauer** sowie Stadträtin **Klett-Heuchert**. Dabei erinnern sie an die besonderen Verdienste und das hervorragende Engagement des Herrn Roock.

Beratungsverlauf:

Der Bericht zur Jugendarbeit der Feuerwehr Ludwigsburg, Vorl.Nr. 209/13, wird vertagt, da der zuständige Jugendleiter aus terminlichen Gründen nicht anwesend sein kann.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet über die aktuelle Platzsituation in den Ludwigsburger Kindertageseinrichtungen. In diesem Zusammenhang erläutert sie die Umstellungen im Anmeldeverfahren und weist darauf hin, dass die Kinder im Alter über drei Jahre aufgrund dieser Umstellung noch einmal hätten neu angemeldet werden müssen. Da dies jedoch teilweise nicht erfolgt sei, gebe es jetzt eine Diskrepanz zwischen den aktuellen Anmelde Listen und den Wartelisten aus Vorjahren. Hier müsse die Abstimmung mit den freien Trägern noch erfolgen. Frau Schmetz gibt einen Ausblick auf die weitere Entwicklung sowie die derzeitige Versorgungssituation. Sie zeigt auf, dass die Kindergartenbedarfsplanung mit der tatsächlichen Entwicklung weitestgehend übereinstimme. Sie macht jedoch deutlich, dass dies nicht bedeute, dass damit auch ein Platz im jeweiligen Wunschkindergarten garantiert werden könne. Frau Schmetz räumt ein, dass es durchaus Stadtbezirke gebe, in denen es zu Engpässen käme und wo versucht werde, durch Erweiterung bestehender Einrichtungen oder Angeboten in nahegelegenen Bezirken dem Bedarf gerecht zu werden.

Stadträtin **Kopf** bedauert, dass es aufgrund des für Eltern schwer nachvollziehbaren Verfahrens bei der Zuteilung der Plätze jedes Jahr zu Missverständnissen und der öffentlichen Meinung käme, dass es nicht genügend Kindergartenplätze gebe. Dies müsse künftig vermieden werden. Sie informiert sich darüber, bis wann die Eltern mit einer Antwort und damit mit einer Klarstellung rechnen könnten.

Stadtrat **Dr. Bohn** erklärt, dass es zu Verunsicherungen käme, weil teilweise von freien Trägern bereits Absagen ergangen wären. Seiner Meinung nach wären hier Zwischennachrichten der Verwaltung hilfreich gewesen. Ziel müsse es sein, dass die Zuteilung der Plätze möglichst stadtteilbezogen erfolgen könne um lange Wege zu vermeiden.

Natürlich wäre die wohnortnahe Zuteilung von Kindergartenplätzen der Idealfall, so Stadtrat **Glasbrenner**. Er gibt aber zu bedenken, dass in Ludwigsburg eine starke Fluktuation herrsche. Darauf könne gar nicht so schnell reagiert werden könne, dass dies zu gewährleisten wäre, zumal die Anmeldezahlen nur einmal jährlich vorliegen würden. Sein Unverständnis drückt er jedoch dafür aus, dass die seiner Meinung nach bereits vor Jahren geforderte zentrale Anmeldestelle für Kinder über drei Jahren noch immer nicht geschaffen worden sei. Genau dies sei nämlich der Grund für die relativ große Unsicherheit.

Eine zentrale Stelle wäre auch nach Ansicht von Stadträtin **Klett-Heuchert** wichtig. Allerdings fürchte sie, dass es dabei zu Problemen mit den freien Trägern kommen könnte. Diese wollten nämlich eigenständig darüber entscheiden, welches Kind aufgenommen werden solle. Sie bedankt sich für die schnelle Rückmeldung zum Stand des Anmeldeverfahrens und bittet darum, in nächster Zeit auch noch Informationen darüber zu erhalten, welche Regelangebote derzeit noch

gemacht würden und wie hier der Bedarf sei.

Stadtrat **Heer** bezeichnet die Zahlen insgesamt als erfreulich. Er hoffe jedoch, dass das Anmeldeverfahren beziehungsweise die Absage-Regelung künftig transparenter gestaltet werde um Unstimmigkeiten zu vermeiden.

Getreu dem Motto „Kurze Beine – kurze Wege“ hält Stadträtin **Lange** den Wunsch der Eltern nach einem nahegelegenen Kindergarten für gut nachvollziehbar.

Nachdem der Ausbau der Kindertagesstätten immer weiter vorangetrieben werde, könne die Situation insgesamt als gut bezeichnet werden, so EBM **Seigfried**. Er weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang auch immer die Entwicklung der Kinderzahlen sowie die Wohnungsbelegung zu beachten seien, da diese veränderte Voraussetzungen schafften. EBM **Seigfried** macht darauf aufmerksam, dass bereits eine Beratungsstelle für unter Dreijährige eingerichtet wurde, eine zentrale Anmeldestelle für über Dreijährige aber zusätzliches Personal binde. Er räumt ein, dass die erneute Anmeldung der über Dreijährigen, die aufgrund der Umstellung des Systems erforderlich geworden sei, zu Verunsicherung geführt habe. Klar sei aber auch, dass es immer eine gewisse Diskrepanz zwischen der vorherigen Interessensbekundung und der späteren tatsächlichen Nachfrage gebe.

Frau **Schmetz** stellt in Aussicht, dass die jetzt anstehenden Anfragen bis September bearbeitet sein würden. Darüber hinaus werde ab Herbst zusammen mit den freien Trägern eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um unter anderem die auftretenden Kommunikationsprobleme vermeiden zu können. Sie macht außerdem deutlich, dass bei der Zuteilung der Kindergartenplätze die wohnungsnahе Versorgung immer Ziel sei, aber trotzdem nicht überall spezielle Angebote gemacht werden könnten. Auch das von Stadträtin **Klett-Heuchert** hinterfragte Platz-Sharing sei wegen der erforderlichen Passgenauigkeit nur bedingt einsetzbar. Der Anteil von Regelgruppen ginge deutlich zurück und liege derzeit nur noch bei 6 Gruppen.

Um künftig mehr Verlässlichkeit und mehr Transparenz im Aufnahmeverfahren zu erreichen regt Stadtrat **Meyer** an, dass sich im Herbst alle Träger zu einem Abstimmungsgespräch zusammenfinden um das weitere Vorgehen festzulegen.

Nach Ansicht von Stadtrat **Dr. Vierling** hätte eine zentrale Anmeldestelle den Nachteil, dass der persönliche Kontakt bei der Auswahl der Kindertagesstätte verloren gehe.

Ob tatsächlich ausreichend Plätze vorhanden seien könne laut Frau **Schmetz** erst zum Ende des Jahres zuverlässig gesagt werden. Wichtig sei es jedoch, dass für alle Kinder über drei Jahren ein Platz vorhanden sei.

Stadtrat **Glasbrenner** bittet im Zusammenhang mit der Forderung nach einer zentralen Anmeldestelle zu prüfen, ob dies nicht ohnehin schon zusammen mit dem einheitlichen Beitragseinzug beschlossen worden sei

Auf die Anmerkungen aus der Mitte des Gremiums zu den Vor- und Nachteilen einer zentralen Anmeldestelle macht EBM **Seigfried** deutlich, dass eine klare Übersicht über freie und belegte Plätze in den einzelnen Einrichtungen nur durch eine Zuweisung der jeweiligen Kinder gewährleistet werden könnte. Eine solche Regelung wäre seiner Meinung nach aber nicht individuell genug.

Abweichender Beschluss:

1. Der Bedarf für die Anstellung von hauswirtschaftlichen Kräften in den Kindertageseinrichtungen der evangelischen und katholischen Kirche, der Arbeiterwohlfahrt und bei der Stadt Ludwigsburg wird auf der Basis des nachfolgenden Schlüssels anerkannt:

Anzahl der Essen pro Tag	Stunden pro Woche	Stellenanteil
20	7,5	0,2
40	12,5	0,3
60	17,5	0,5
80	22,5	0,6
100 und mehr	27,5	0,7

2. Die erforderlichen Personalstellen für die städtischen Kindertageseinrichtungen werden in den Stellenplan 2014 eingeplant und finanziert.
3. Für die Finanzierung der freien Träger werden 2014 insgesamt 170.000 € bereitgestellt.
4. Für den Zeitraum von September 2012 bis 31. August 2013 erfolgt eine einmalige rückwirkende Erstattung der entstanden Kosten, nach dem oben benannten Modus, von 75% der ermittelten anerkannten Kosten im Umfang von 125.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Beratungsverlauf:

Frau Schmetz (FB Bildung, Familie, Sport) verweist auf die Vorl. Nr. 188/13 und erläutert mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation die derzeit noch unterschiedlichen Regelungen für die Bezuschussung von Hauswirtschaftskräften in Kindertageseinrichtungen. In Anlehnung an den von der katholischen Kirche für ihre Einrichtungen verwendeten Modus werde statt dessen eine Regelung vorgeschlagen, die die Bezuschussung der Stundenkontingente der Hauswirtschaftskräfte ab dem 20. Essen pro Tag vorsehe. Diese Bezuschussung würde dann zu 100 % als städtischer Zuschuss erfolgen und als Pauschale ausbezahlt. Damit solle auch erreicht werden, dass die Träger bis zu einem Bedarf von 20 Essen am Tag individuelle Lösungen suchten. Die Refinanzierung könne über eine Erhöhung des von den Eltern zu bezahlenden Essensbeitrags um 10 Euro pro Monat, gerechnet auf elf Monate, erfolgen.

EBM Seigfried unterstreicht die Bedeutung der neuen Regelung, da diese künftig für alle vertraglich gebundenen Träger gelten solle. Es sei daher wichtig, die Regularien hierzu eindeutig festzulegen und die Finanzierung zu sichern. Bevor er die Aussprache eröffnet macht er deutlich, dass jede Entscheidung, die eine stärkere Unterstützung der Eltern bedeute, gleichzeitig auch einen höheren Zuschussbedarf auslöse.

Stadträtin **Kopf** gibt zu bedenken, dass es sich hier um eine Grundsatzentscheidung handle, die wohl überlegt sein wolle, zumal davon auszugehen sei, dass die Anzahl der auszugebenen Essen bei zunehmender Ganztagsbetreuung immer mehr ansteige. Wichtig sei es aber trotzdem, auch auf eine qualitativ hochwertige Versorgung zu achten. Im Namen ihrer Fraktion kündigt sie die Zustimmung zum Beschlussvorschlag an und schlägt vor, zunächst Erfahrungen zu sammeln um dann eventuell neu zu beraten.

Mit dem Hinweis auf die vorhergehenden Beratungen des Gremiums schließt sich Stadtrat **Daferner** diesem Vorschlag an und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorl. Nr. 188/13, nicht aber zur Erhöhung der Elternbeiträge bzw. des Essensgeldes.

Stadtrat **Glasbrenner** kündigt die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion zur Vorl. Nr. 188/13 an. Da jedoch einer Erhöhung des Essensgeldes nicht zugestimmt werden könne, müsse die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages entsprechend geändert werden. Das entwickelte Modell bezeichnet er als gut, wenn auch jede Pauschalierung Vor- und Nachteile habe. Es sei daher nachvollziehbar, dass die freien Träger versuchten, die Aufwendungen vom ersten Essen an geltend zu machen bzw. hier Alternativlösungen suchten. Durch die unterschiedliche Preisgestaltung bei den unterschiedlichen Trägern käme es dann wiederum zu einem unterschiedlichen Zuschussbedarf. Da dies aber nicht berücksichtigt werden könne, sei die Pauschalierung hier die richtige Lösung. Klar sei aus Sicht seiner Fraktion jedoch, dass die Eltern zum jetzigen Zeitpunkt nicht noch mehr belastet werden sollten.

Aus Sicht von Stadträtin **Klett-Heuchert** gehörten die Hauswirtschaftskräfte zur Infrastruktur, so dass auch die Kosten hierfür von der Stadt zu tragen seien. Sie nimmt Bezug auf die Aussage der Kirchen, wonach diese Kosten bisher durch eine Risikozulage in den Verträgen in Höhe von 5 % hätten aufgefangen werden können. Da diese Position jedoch auf 2,5 % gekürzt worden sei, wäre dies nun nicht mehr der Fall. Für Stadträtin Klett-Heuchert stelle sich die Frage, ob das vorgelegte Modell bzw. die vorgeschlagene Beitragserhöhung unter Umständen auf eine gewisse Unzufriedenheit bei den Vertragsverhandlungen zurück zu führen sei und hier noch Gesprächsbedarf bestehe. Denkbar wäre für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Beschluss zunächst auf ein Jahr zu begrenzen um dann die Entwicklungen in der weiteren Beschlussfassung zu berücksichtigen. Eine Erhöhung der Elternbeiträge könne sie sich nicht vorstellen, statt dessen solle die Finanzierung über den Haushalt erfolgen.

Im Namen seiner Fraktion erklärt Stadtrat **Heer** die Zustimmung zur Erhöhung der Elternbeiträge für die Essensausgabe. Sie sei nicht zuletzt die Konsequenz aus der Forderung nach qualitativ gutem Essen auch wenn dies unter Umständen mehr Kosten verursache. Der von der Verwaltung vorgelegte Stellenschlüssel sei schlüssig. Fraglich sei jedoch, ob die Hauswirtschaftskräfte unbedingt nach Tarif bezahlt werden müssten oder ob nicht auch weiterhin auf Aushilfskräfte zurückgegriffen werden könne.

Im Vorgriff auf die Diskussion über die Neufestsetzung der Elternbeiträge kündigt Stadträtin **Lange** an, dass eine Erhöhung des Essensgeldes für sie nicht in Frage käme.

Aufgrund des Einwurfs von Stadtrat **Glasbrenner** weist Frau Schmetz darauf hin, dass die Zahlen in Ziffer 3 und 4 des Beschlussvorschlages dem Stand März 2013 entsprächen und dahingehend aktualisiert werden müssten, dass für die Finanzierung 170.000 Euro zur Verfügung gestellt werden müssten und sich die einmalige Erstattung auf der Grundlage der Kosten im Umfang von 125.000 Euro berechne.

Das Gremium erklärt sich mit der Änderung einverstanden.

Abschließend bezieht EBM **Seigfried** Stellung zu den Äußerungen und Fragen aus der Mitte des Gremiums. Dabei macht er deutlich, dass es Ziel sein müsse eine Regelung zu finden, die für alle gleich gelte und auch finanzierbar sei. Die vorgeschlagene Pauschale erleichtere die Organisation und führe dazu, dass ein Ausgleich auch dann stattfinde, wenn weniger als 20 Essen ausgegeben

würden. Wichtig sei dabei, dass die Essenausgabe nicht mehr über das pädagogische Personal erfolge.

Stadtrat **Meyer** gibt seiner Verwunderung über den Verlauf der Diskussion Ausdruck. In der Vergangenheit sei gemeinsam um einen Kompromiss gerungen worden zwischen dem steigenden Anspruch, wie zum Beispiel nach mehr Qualität, und der damit verbundenen Kostensteigerung. Dabei sei sogar noch von höheren Essensbeträgen die Rede gewesen. Seiner Meinung, dass die Diskussion über den Zuschuss für Hauswirtschaftskräfte von der Neufestsetzung der Elternbeiträge bzw. deren Erhöhung zu trennen sei, schließt sich auch Stadtrat **Daferner** an.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl. Nr. 188/13 zur Abstimmung.

TOP 7

Neufestsetzung der Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen zum 01.09.2013 für das Kindergartenjahr 2013/14 und 2014/15 (Vorberatung)

Vorl.Nr. 189/13

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 189/13 wird mit 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorl. Nr. 189/13, die Frau **Schmetz** (FB Familie, Bildung, Sport) mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation näher erläutert. Dabei geht sie besonders auf die Differenzierung der Elternbeiträge je nach Betreuungszeit und auf die vorliegenden Empfehlungen zur Ganztagesbetreuung mit neun und zehn Stunden ein. Frau Schmetz schildert die derzeitige Einnahmesituation sowie die Empfehlung, aufgrund des Landesrichtsatzes eine Erhöhung durchzuführen um die darin vorgesehene Kostendeckung durch Elternbeiträge in Höhe von 20 % zu erreichen. Frau Schmetz informiert außerdem über die Stellungnahmen der verschiedenen Elternbeiräte zu den vorgesehenen Erhöhungen. Die finanziellen Auswirkungen der geplanten Erhöhung auf den Gesamthaushalt stellt Frau Schmetz anhand einer Folie dar. Sie weist darauf hin, dass bei der Berechnung des Kostendeckungsgrades von rund 19 % auf die Berücksichtigung der kalkulatorischen Kosten verzichtet wurde.

Zu Beginn der Aussprache macht Stadträtin **Kopf** deutlich, dass bei der Diskussion um Essensgeld und Elternbeiträge nicht vergessen werden dürfe, dass die Angebote zur Kinderbetreuung in den letzten Jahren nicht nur deutlich erweitert, sondern auch flexibilisiert und zukunftsorientiert gestaltet worden seien. Neben diesem Ausbauprogramm sei außerdem zu beachten, wie in den einzelnen Einrichtungen gearbeitet werde. Für die CDU-Fraktion wolle sie festhalten, dass diese immer ein kritisch beobachtendes Auge aber eine wohlwollende Hand habe, wenn es um Bildung und Betreuung gehe. Frau Kopf führt weiter aus, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Beitragserhöhung den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände entspreche. Speziell im Bereich der Ganztagesbetreuung mit zehn Stunden erscheine sie jedoch sehr hoch. Genau wie die Spirale, die bei den Betreuungskosten für unter Dreijährige sehr stark noch oben gehe. Sie regt daher an, Modulöffnungszeiten anzubieten, bei denen nur die Betreuungszeit zu bezahlen sei, die tatsächlich gebucht werde. Aus ihrer Sicht würde dies dann

eher einen Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit ermöglichen. Da besonders wichtig sei, dass kein Kind von den Möglichkeiten der Betreuung ausgeschlossen werde, erkundigt sie sich nach den Sozialstaffelungen und der Einsatzmöglichkeiten der Ludwigsburg-Card für diesen Bereich.

EBM **Seigfried** sagt zu, dass auf Vorschlag von Stadträtin **Kopf** geprüft werde, inwieweit die Kindergartenverwaltung zusammen mit den Verantwortlichen der freien Träger Modulöffnungszeiten in den Einrichtungen umsetzen könne um darüber dann im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zu berichten.

Stadtrat **Dr. Bohn** fürchtet, dass bei einer Einführung dieses Modulsystems der Bildungsauftrag verloren gehen könnte. Unter Berücksichtigung der geltenden steuerlichen Regelungen regt er an, bei einer eventuellen Änderung der Sozialstaffel Kinder bis zum Alter von 25 Jahren zu berücksichtigen. Von Seiten seiner Fraktion werde eine Erhöhung der Elternbeiträge in diesem Jahr nicht gewollt. Die insgesamt gute Finanzlage aufgrund von Einnahmeerhöhung an anderer Stelle rechtfertige diese Haltung.

Stadtrat **Glasbrenner** räumt ein, dass sich in seiner Fraktion tatsächlich ein Meinungsumschwung ergeben habe. So habe man bisher den Grundsatz vertreten, Essen so gut aber auch so kostengünstig wie möglich und Elternbeiträge so niedrig aber auch so auskömmlich wie möglich zu befürworten. Dabei habe man sich weitestgehend an den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände orientiert. Im Hinblick auf die hervorragende Einnahmesituation der Stadt im Jahr 2013 habe sich nun aber eine veränderte Situation ergeben. Die beschlossenen Erhöhungen im Bereich der Grund- und Gewerbesteuer sowie die Erhöhung der Landeszuschüsse müssten sich nun auch bei den Eltern niederschlagen. Zusätzlich fordere seine Fraktion weitere Plätze für unter Dreijährige. Dafür müsse jedoch zuvor ein gewisser Standard festgelegt werden da es besser sei, schnell mehrere günstige Einrichtungen zu schaffen als wenige teure. Die Fraktion der Freien Wähler spreche sich deshalb gegen die vorgesehene Erhöhung aus. Da jedoch vorausschauend gehandelt werden müsse um spätere, unverhältnismäßige Erhöhungen zu vermeiden, werde ein Alternativantrag gestellt. Sollte dieser Antrag jedoch abgelehnt werden, so spreche sich seine Fraktion gegen die Erhöhung aus. Für die Beschlussfassung im Gemeinderat kündigt Stadtrat Glasbrenner daher einen Änderungsantrag an, wonach der Vorschlag der Verwaltung nur bis zu einer Höhe von 50 % umgesetzt werden und auf eine Erhöhung des Essensgeldes verzichtet werden solle.

Für seine Fraktion kündigt Stadtrat **Dr. Vierling** die Ablehnung der vorgeschlagenen Elternbeiträge an. Die Erhöhungen würden über die Jahre hin sehr hoch ausfallen. Damit seien sie unverhältnismäßig und führten zur Überforderung der Eltern, was auch die Stellungnahmen der jeweiligen Elternbeiräte zeigten. Stattdessen würden zumindest für über Dreijährige kostenfreie Kindergartenplätze gefordert, zumal die Finanzen der Stadt Ludwigsburg dies möglich machten.

Dem hingegen signalisiert Stadtrat **Heer** die Zustimmung der FDP-Fraktion zur geplanten Erhöhung, zumal diese den Empfehlungen der Spitzenverbände entspreche und der Deckungsgrad nach seiner Berechnung tatsächlich momentan sogar nur 13% betrage. Oberstes Ziel müsse es sein, ausreichend Plätze zur Verfügung stellen zu können, die möglichst wohnort- bzw. arbeitsplatznah seien. Er spricht sich weiter dafür aus, die Sozialstaffel zu ändern, da sich aus der jetzigen Fassung eine Ungerechtigkeit für Familien mit ein bis drei Kindern gegenüber der Familie mit vier Kindern ergebe.

Stadträtin **Lange** hingegen bezeichnet die geplante Erhöhung als völlig überzogen. Dies zeige auch die Stellungnahme der katholischen Kirche. Sie befürchte, dass damit nur noch Kindern reicher Eltern die Betreuung ermöglicht werde und lehne den Beschlussvorschlag daher ab.

Diesem Vorwurf widerspricht EBM **Seigfried** entschieden. Die Evaluation zeige, dass die Elternbeiträge nicht der Grund dafür seien, dass sich einzelne Eltern gegen den Besuch ihrer Kinder in einer Kindertagesstätte entschieden. Statt dessen gebe es Instrumentarien wie die Sozialstaffel, zu deren Überarbeitung die Verwaltung gerne bereit sei, und auch andere Formen

der Unterstützung, um allen Kindern die Betreuung zu ermöglichen.

Stadtrat **Kirnbauer** stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzung bis spätestens 20.54 Uhr zu beenden. Dieser Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) macht im Zusammenhang zu den Aussagen über die Finanzlage der Stadt deutlich, dass mit Hilfe der Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen vor allem die ansteigenden Kosten finanziert würden, die sich für Bildung und Betreuung im Haushaltsplan niederschlagen würden. Es habe jedoch nie die Absicht bestanden, Steuererhöhungen einzuführen, um im Gegenzug die Kindergartenbeiträge auszusetzen. In der Tat seien die Haushaltsjahre 2011 und 2012 sehr gut gewesen. Er warnt jedoch davor, sich auch künftig auf diese Entwicklung zu verlassen und erinnert gleichzeitig an die vom Gemeinderat beschlossene globale Minderausgabe.

Gegen den Vorwurf überzogener Kindergärtenbeiträge wehrt sich auch Stadtrat **Meyer** und erinnert an den Wunsch nach qualifiziertem Personal, das auch bezahlt werden müsse. Er bittet in diesem Zusammenhang darum, die finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt für die Alternativen einer Aussetzung der Erhöhung sowie der Erhöhung um lediglich 50 % bis zur Sitzung des Gemeinderates darzustellen.

Zum Schluss der Aussprache weist Stadträtin **Moersch** noch darauf hin, dass sie sich entgegen dem Antrag von Stadtrat Glasbrenner im Namen der Fraktion der Freien Wähler nicht für eine Erhöhung ausspreche und statt dessen dafür appelliere, die beschlossenen Steuererhöhungen den Familien zu Gute kommen zu lassen.

Im Anschluss an die Aussprache stellt EBM **Seigfried** die Vorl. Nr. 189/13 zur Abstimmung.

TOP 8	Verordnung über Neckarbiotop Zugwiesen (Vorberatung)	Vorl.Nr. 113/13
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Glasbrenner** erkundigt sich, ob die in der Verordnung vorgesehenen Bestimmungen der geltenden Polizeiverordnung entsprechen und wie deren Einhaltung kontrolliert werden solle.

Da sich auf Nachfrage von EBM **Seigfried** aus dem Gremium kein weiterer Beratungsbedarf bei der Verordnung über das Neckarbiotop Zugwiesen ergibt, wird die Vorl.Nr. 113/13 mit Zustimmung des Gremiums direkt zur Beschlussfassung an den Gemeinderat verwiesen.

TOP 9	ASV Obweil - Zuschuss zur Sanierung des Hallenbodens der vereinseigenen Sporthalle	Vorl.Nr. 208/13
-------	---	-----------------

Beschluss::

Der ASV Obweil erhält für die Sanierung des Hallenbodens seiner vereinseigenen Sporthalle bei angegebenen Kosten in Höhe von 24.744,86 € einen Zuschuss in Höhe von 50 % der nachgewiesenen anrechenbaren Baukosten, höchstens jedoch 12.400,- €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried verweist auf die Vorl. Nr. 208/13.

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

EBM Seigfried stellt daher abschließend den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

TOP 10	Umgestaltung des Trauraumes FB 33 in der Oberen Marktstraße 1	Vorl.Nr. 173/13
--------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Beratung über die Umgestaltung des Trauraums FB 33 in der Oberen Marktstraße 1, Vorl.Nr. 173/13, wird aus Zeitgründen vertagt.

TOP 10.1	Angemessener Trauraum - Antrag der CDU-Fraktion vom 08.02.2011	Vorl.Nr. 066/11
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Beratung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 08.02.2011 zur Umgestaltung des Trauraums FB 33 in der Oberen Marktstraße 1, Vorl.Nr. 066/11, wird aus Zeitgründen vertagt.

TOP 11	Verlängerung des Mietkostenzuschusses an den Verein LudwigsTafel e. V. vom 01.01.2014 bis 31.12.2016	Vorl.Nr. 166/13
--------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Beratung über die Verlängerung des Mietkostenzuschusses an den Verein LudwigsTafel e.V., Vorl. Nr. 166/13, wird aus Zeitgründen vertagt.